

"Schwere Zwischenfälle in Riga" in Neue Zürcher Zeitung (22. August 1991)

Quelle: Neue Zürcher Zeitung. und schweizerisches Handelsblatt. 22.08.1991, Nr. 192. Zürich.

Urheberrecht: (c) Neue Zürcher Zeitung AG

Mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"schwere_zwischenfalle_in_riga"_in_neue_zurcher_zeitung_22_august_1991-de-5975d30c-a92d-457f-908f-0aa5505dedee.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Schwere Zwischenfälle in Riga

Gespannte Lage im Baltikum

In der lettischen Hauptstadt Riga ist am Montagabend ein Busfahrer von einem Omonkommando erschossen worden als er durch eine abgesperrte Strasse fuhr. Einheiten des sowjetischen Innenministeriums besetzten mehrere Gebäude und Telekommunikationseinrichtungen. Die baltischen Republiken bereiteten sich am Dienstag auf eine Machtübernahme der sowjetischen Streitkräfte und auf eine anfällige Bildung von Exilregierungen vor.

Das erste Todesopfer nach der Verhängung des Ausnahmezustandes im Baltikum ist in der lettischen Hauptstadt Riga zu beklagen. Ein Kleinbus mit zwei Mitarbeitern des lettischen Schriftstellerverbandes passierte am späten Montagabend einen Straßenzug, den ein Kommando der Spezialeinheit Oman des sowjetischen Innenministeriums abgesperrt hatte. Augenzeugen berichteten Journalisten von Radio Riga, zunächst hätten Mitglieder des Kommandos in die Luft geschossen, später jedoch gezielt auf das Auto. Dabei kam der Fahrer des Kleinbusses ums Leben, während der andere Insasse schwere Verletzungen erlitt. Mehrere Omon-Kämpfer, auch als „Schwarze Bérets“ bekannt, waren am selben Abend in einen weiteren Zwischenfall verwickelt: Sie stürmten das Gebäude der *Volksfront Lettlands*, demolierten Einrichtungsgegenstände und verprügelten zufällig anwesende Personen.

Im Laufe des Nachmittags hatten Omon- und Luftlandetruppen das *Innenministerium* und das *Fernsehzentrum* in Riga auf Dauer besetzt. Der lettische Dokumentarfilmer Juris Podnieks wurde bei dem Versuch, das Vorgehen der Sondereinheiten zu filmen, festgenommen. Das lettische Radio, dessen Programm von Gebäude am Rigaer Domplatz mitten in der Altstadt ausgestrahlt wird, setzte am Montag die Nacht hinein seine Sendungen fort. Allerdings gaben westliche Medien am Dienstag Augenzeugenberichte wieder, wonach die Sondereinheiten auch die Radiozentrale und darüber hinaus das Telegrafien- und Telefonamt in ihre Gewalt gebracht hätten.

Am Montag war es zu einem Gespräch zwischen dem lettischen Parlamentspräsidenten Gorbunovs und dem Chef des Baltischen Wehrbezirks, Kusmin, gekommen. Kusmin, den das Moskauer Komitee für den Ausnahmezustand zu seinem Vertreter im Baltikum bestimmt hat, erklärte bei dieser Gelegenheit, er werde auf alle Mittel, „*einschließlich der spezifisch militärischen*“, zurückgreifen, um der Verfassung und den Gesetzen der UdSSR in Lettland erneut Geltung zu verschaffen. An einer Pressekonferenz drohte Kusmin überdies mit der Absetzung und Verhaftung aller Regierungsmitglieder und Parlamentarier, die sich seinen Anordnungen widersetzen sollten.

In einer gemeinsamen Erklärung des Obersten Rates und des Ministerrates der Republik Lettland wurde die Verhängung des Ausnahmezustandes für illegal erklärt. Für den Fall, dass Kräfte von Außen einer ungesetzlichen Macht im Lande die Staatsgewalt übertragen sollten wurde die Bevölkerung zu einer massiven Kampagne des friedlichen zivilen Ungehorsams aufgerufen. In einer gesonderten Erklärung rief die *Volksfront Lettlands* dazu auf, die Strukturen der Front und deren Tätigkeit aufrechtzuerhalten beziehungsweise die für die so genannte Stunde X vorgesehenen Maßnahmen einzuleiten. Dazu gehören unter anderem die sofortige Dezentralisierung aller Geldmittel, die Bildung einer parallelen Regierungsspitze, der Übergang zur Arbeit in der Illegalität sowie die Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit Besetzungsbehörden. Als gesellschaftlicher Massenorganisation ist der *Volksfront* seit der Verhängung des Ausnahmezustandes jegliche öffentliche Tätigkeit verboten.

Die Regierungen der baltischen Republiken haben je einen Vertreter ermächtigt, im Falle der Machtübernahme durch die sowjetischen Streitkräfte eine Exilregierung zu bilden. Wie die Nachrichtenagentur Baltfax in der Nacht zum Dienstag meldete, wurden der estnische Außenminister Meri, der lettische Vize-Parlamentspräsident Ivans und der litauische Außenminister Saudargas zu Bevollmächtigten erklärt. Alle drei befinden sich derzeit im Ausland. Der litauische Präsident Landsbergis hatte nach dem Sturz des sowjetischen Präsidenten Gorbatschew bereits angekündigt, dass die litauische Regierung im Fall ihrer Entmachtung im Untergrund weiterarbeiten werde.

Das lettische Parlament hat die sowjetischen Streitkräfte aufgerufen, keine Gewalt gegen die Zivilbevölkerung anzuwenden. Der estnische Außenminister Meri kündigte in einem Radio-Interview an, Estland werde sich um Mitternacht dem von Jelzin geforderten Generalstreik gegen die neuen Machthaber anschließen. Meri, der sich in Helsinki aufhält, sagte, Estland werde alles tun um den Appell Jelzins zu unterstützen, damit Gorbatschow wieder in sein Amt zurückkehren könne

Der Vorsitzende des Stadtrats der estnischen Hauptstadt Tallin, Anders Kork hat am Dienstag der estnischen Nachrichtenagentur über die Ankunft von rund 100 Panzerfahrzeugen der sowjetischen Armee berichtet. Wie es hieß, sprach Kork 90 Minuten mit den Fallschirmjägern. Diese hätten ihm versichert, sie wollten nicht in Zusammenstöße mit Einwohnern Tallins verwickelt werden.